

# Wahlzeit



## Arbeitnehmerrechte sind Bürgerrechte!

Fritz Schösser, Vorsitzender des DGB Bayern, hat davor gewarnt, bei der Bundestagswahl FDP zu wählen. Die Reaktion von Miriam Gruß, Generalsekretärin der FDP Bayern, hat Fritz Schösser nun veranlasst, einen **offenen Brief** zu schreiben:

„Sehr geehrte Frau Gruß,

in einem Interview habe ich deutlich gemacht, dass Ihre Partei – die FDP – auf Bundesebene für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen nicht wählbar ist, weil sie soziale Konflikte verschärfen will. Und schlimmer noch: Die FDP ist im Bund nicht regierungsfähig. Sie haben darauf mit dem Satz reagiert: „Liberale Politik ist Arbeitnehmerpolitik, weil sie Arbeitsplätze schafft und den Menschen mehr Geld in der Tasche lässt.“ Tatsächlich aber präsentiert sich die FDP als wirtschaftsradikale Partei, die Arbeitnehmern ihre Rechte raubt und ihnen Arbeit zu Hungerlöhnen verpassen will.

Die FDP verkauft sich in ihrem Wahlprogramm als die „Partei der Bürgerrechte“. Und wenn es um Datenschutz oder Versammlungsfreiheit geht, begrüßt der DGB Bayern auch einige Positionen der FDP. Aber die Bürgerrechte enden für die FDP anscheinend vor den Werkstoren.

In den Betrieben will die FDP Bürgerrechte beschneiden oder gar abschaffen. **Auch Arbeitnehmerrechte sind Bürgerrechte!**

Zu erklären ist dieser Widerspruch nur durch einen fatalen Bürger-Begriff der FDP. Es sieht ganz danach aus, dass für die FDP Arbeitnehmer keine Bürger sind. Ich frage Sie: Wer sind denn die Bürger, deren Rechte die FDP schützen will?

Einen Hinweis darauf liefert eine Kernforderung zum Thema Bürgerrechte in Ihrem Wahlprogramm: „Wiederherstellung des Bankgeheimnisses“. Wer unter dem Label „Bürgerrechte“ für das Recht eintritt, sein Geld unbehelligt an der Steuer vorbeizuschleusen und so letztlich jedem einzelnen Bürger Schaden zuzufügen, der ist eben keine Partei der Bürgerrechte, sondern eine Lobby-Partei für die Interessen derer, die dieses Geld haben. Und das sind nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Im Wahlprogramm der FDP sind die geplanten Beschneidungen von Bürgerrechten als Horrordimensionen für Arbeitnehmer reihenweise nachzulesen:

### Mitbestimmung

Die FDP will Betriebsräte erst ab 20 Beschäftigten statt wie

bisher ab 5 Beschäftigten zulassen. In ca. 90% aller bayerischen Betriebe dürfte dann kein Betriebsrat mehr gewählt werden. Das wäre das Ende des mündigen Arbeitnehmers als mündiger Bürger.

### Kündigungsschutz

Erst ab 20 Beschäftigten und nach 2 Jahren Beschäftigungsdauer will die FDP Kündigungsschutz zulassen. Auch das würde bedeuten: In 90% aller bayerischen Betriebe hätten Arbeitnehmer, die sich und ihre Familien ernähren müssen, keine sichere Arbeit und keinen Schutz vor Willkür mehr.

### Mindestlohn und Minijobs

Die FDP lehnt Mindestlöhne komplett ab und will Minijobs massiv ausweiten. Schon jetzt arbeiten 6,5 Millionen Menschen für Niedriglöhne. Geht es nach der FDP, würden in Zukunft noch deutlich mehr Menschen nicht mehr von ihrer Arbeit leben können. Oder um Ihren Satz aufzugreifen, Frau Gruß: Die FDP will mehr solche Arbeitsplätze schaffen, die den Menschen zu wenig Geld zum Leben in ihre Taschen bringen. Diesen Eingriff in die Freiheit, durch eine sichere Existenz sein Leben frei gestalten zu können, lehnen sogar ihre eigenen Wähler ab. Eine repräsentative

Umfrage des Instituts Infratest dimap hat ergeben, dass 74% der FDP-Anhänger Mindestlöhne befürworten.

Schließlich muss ich noch auf Ihre Pläne eingehen, die Einkommenssteuer vor allem für Besserverdienende zu senken: Inzwischen stellen führende Ökonomen klar fest, dass das weder bezahlbar ist noch Wachstum fördert. Denn Besserverdiener geben zusätzliches Geld nicht aus, sondern bringen es zur Bank.

Wieder hätten also nur diejenigen mehr Geld in der Tasche, für die Sie, liebe Frau Gruß, und die FDP Lobby-Politik betreiben.

Mit freundlichen Grüßen

Fritz Schösser

ViSdP Timo Günther  
DGB-Bezirk Bayern  
Schwanthalerstraße 64  
80336 München  
Telefon: 089-51 700-02  
Telefax: 089-51 700-216  
E-Mail: bayern@dgb.de